

Artikel publiziert am:

Datum: 03.02.2010 - 21.33 Uhr

Quelle: <http://www.hna.de/nachrichten/hessen/wind-613431.html>

**Umweltministerin Lautenschläger: Bis 2020 Energieverbrauch um 20 Prozent senken**

## Ja zum Wind - an der See

**Wiesbaden.** Ein Jahr nach Amtsantritt hat Hessens Umweltministerin Silke Lautenschläger (CDU) gestern erstmals Eckpunkte eines Konzeptes für erneuerbare Energien und Energieeffizienz vorgelegt. Das bereits in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP vorgesehene Ziel lautet, bis 2020 ein Fünftel der Energie für Wärme und Strom zu sparen und 20 Prozent des Verbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken.



Windanlage auf hoher See: Auch in Hessen soll Windkraft künftig eine größere Rolle spielen. Die Landesregierung setzt dabei auf so genannte Offshore-Windparks. Damit solle eine Verspargelung der Landschaft verhindert werden. Foto: dpa

Lautenschläger sagte, 40 Prozent des Energiebedarfs in Hessen würden für Heizung und Warmwasser benötigt. Hier gebe es noch ein enormes Potenzial zur Einsparung durch innovative Techniken. Derzeit würden nur 0,75 des Gebäudebestandes energetisch modernisiert, diesen Wert will sie auf jährlich 2,5 Prozent steigern. Damit könne man nicht nur den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 238 000 Tonnen verringern, sondern auch private Investitionen von rund 1,7 Milliarden Euro auslösen und viele Tausend Arbeitsplätze sichern.

### Hauptlieferant Biomasse

Bei den erneuerbaren Energien setzt Lautenschläger vor allem auf Biomasse. Sie soll fast 50 Prozent der 2020 genutzten erneuerbaren Energien ausmachen. Trotz der geplanten Reduzierung der Einspeisevergütung für Solarenergie rechnet die Ministerin auch bei Solarthermie und Photovoltaik mit Fortschritten. Weniger Chancen in Hessen räumte sie aufgrund natürlicher Gegebenheiten der Wasserkraft ein. Die Geothermie, insbesondere die Tiefengeothermie müsse technisch weiterentwickelt werden, bevor sie einen nennenswerten Beitrag liefern könne. Die Lücke, die dann noch verbleibe, könne mit Windkraft geschlossen werden, sagte die Ministerin und verwies darauf, dass der Regionalplan Nordhessen 2400 Hektar Flächen dafür ausweise. Allerdings möchte sie, dass das Gros der Windenergie nicht in Hessen gewonnen werden soll. Die Regierung wolle nach wie vor eine Verspargelung der Landschaft verhindern.

Als Lösung schweben Lautenschläger Investitionen heimischer Unternehmen in Windparks, zum Beispiel im Meer („offshore“), an, die durch Bürgschaften Hessens erleichtert werden könnten. Diese Energie könne Hessen dann zugerechnet werden.

Bei der Umsetzung setzt die CDU-Politikerin vor allem auf Modellprojekte, Handwerker-Schulungen und bestehende Kreditprogramme.

Die Opposition nannte die Eckpunkte enttäuschend. Lautenschläger habe keinerlei konkrete Maßnahmen genannt. KOMMENTAR

Von Petra Wettlaufer-Pohl